



Auswirkungen des Brexits

Sonderauswertung der IHK-Unternehmens-
umfrage Going International 2021

#GemeinsamWeltweit

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die wesentlichen Ergebnisse:

1. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem Binnenmarkt wirkt sich negativ auf die deutsch-britischen Geschäfte aus. Der Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens kann dies nur teilweise auffangen. Hinzu kommen die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die eine weitere Belastung für das britische Auslandsgeschäft deutscher Unternehmen darstellen.
2. 60 Prozent der Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Geschäftssituation im Vereinigten Königreich als schlecht; 57 Prozent erwarten 2021 eine weitere Verschlechterung.
3. Drei von vier Unternehmen haben oder erwarten zusätzliche Zollbürokratie. Daneben sind Logistikprobleme, rechtliche Unsicherheiten und eine Zunahme von tarifären Handelshemmnissen die häufigsten Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Binnenmarkt für die Unternehmen.
4. 15 Prozent der Unternehmen planen Investitionsverlagerungen vom Vereinigten Königreich in andere Staaten - vornehmlich nach Deutschland und in andere Länder der EU.

Folgen des Brexits für deutsche Unternehmen

Auswirkungen des Handels- und Kooperationsabkommens

Das Vereinigte Königreich ist zum 1. Januar 2021 aus dem EU-Binnenmarkt ausgetreten. Zwischen dem Vereinigten Königreich (UK) und der Europäischen Union (EU) ist seitdem das Handels- und Kooperationsabkommen (EU-UK Trade and Cooperation Agreement, TCA) vorläufig in Kraft. Für deutsche Unternehmen ergeben sich damit zahlreiche Änderungen für ihr britisches Auslandsgeschäft. Dazu gehören zum Beispiel neue Zollanmeldungen und Zollkontrollen im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Der DIHK geht von rund zehn Millionen Zollanmeldungen pro Jahr aus, die deutsche Unternehmen seit dem 1. Januar einreichen müssen.

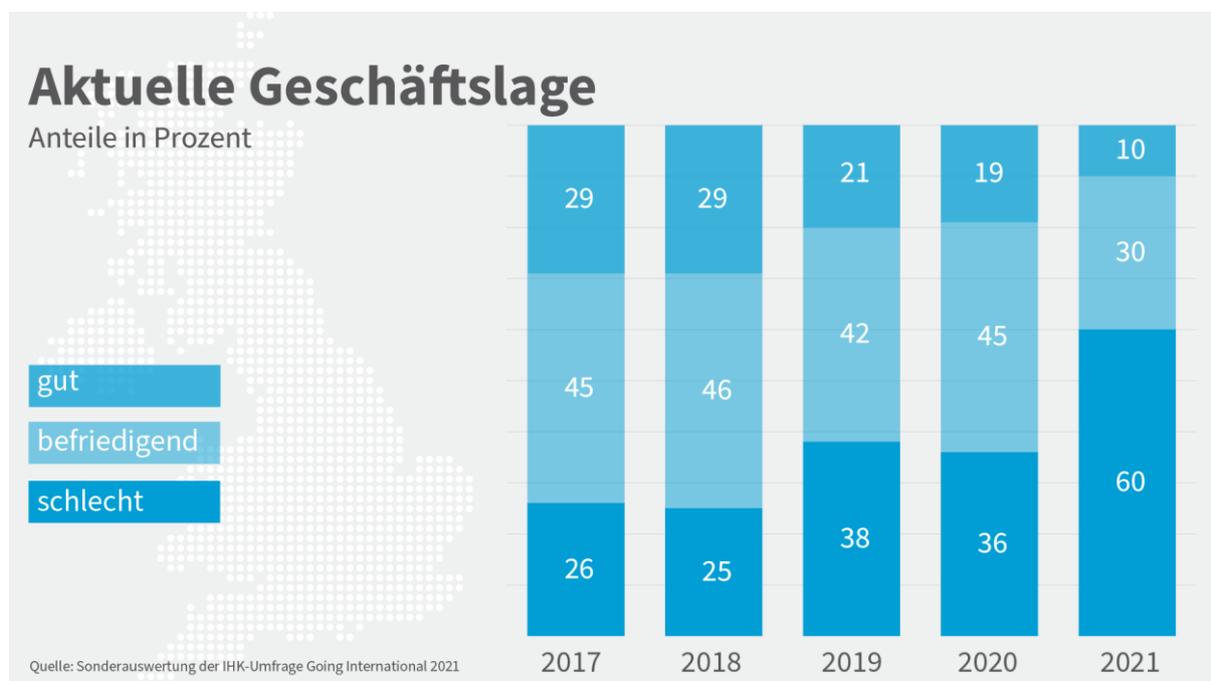
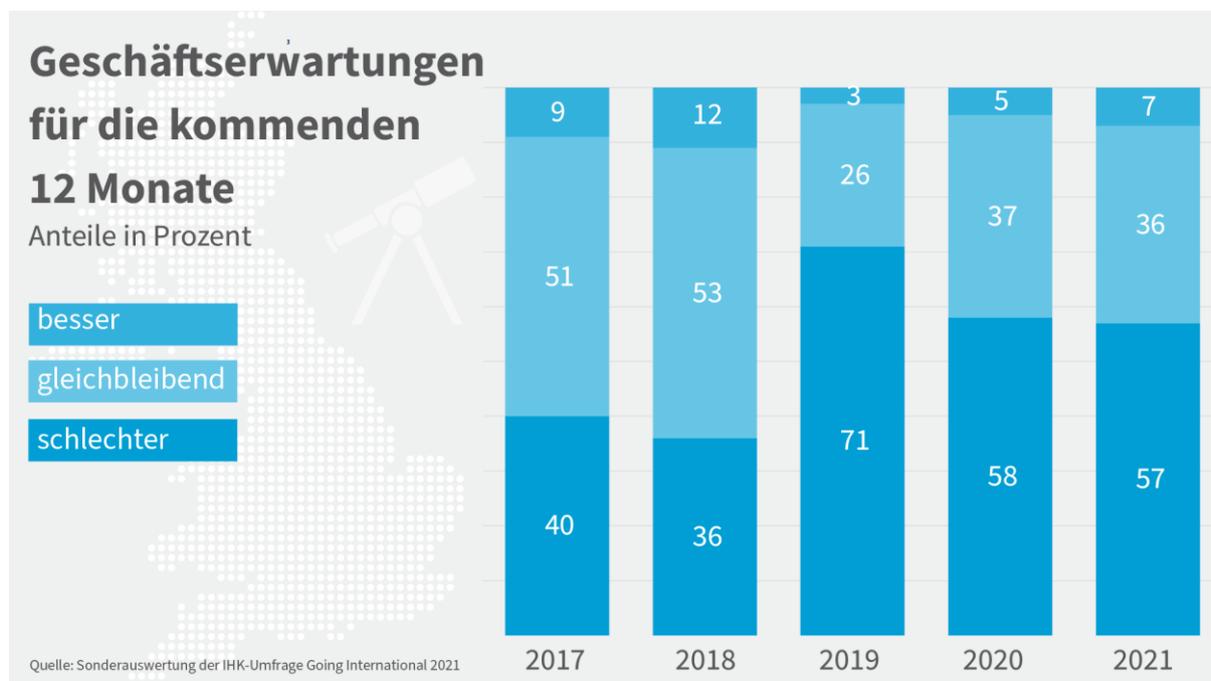
Deutsch-britischer Handel ist bereits eingebrochen

Das Vereinigte Königreich ist aktuell nur noch Deutschlands achtwichtigster Handelspartner mit einem Handelsvolumen von 102 Milliarden Euro und verliert im dritten Jahr in Folge einen Platz in der Rangfolge. 2017 war das Land noch auf Rang 5 der größten Handelspartner.

Seit dem Referendum im Jahr 2016 sind die deutschen Exporte auf die britische Insel merklich gesunken - von 89 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 67 Milliarden Euro im Jahr 2020. In diesem Zeitraum ist das Vereinigte Königreich von Rang 3 auf Rang 5 der wichtigsten Exportmärkte Deutschlands gefallen. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Export nach Großbritannien ab.

Einschätzung der Unternehmen

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem EU-Binnenmarkt bewerten die deutschen Unternehmen ihre britischen Geschäftsbeziehungen so schlecht wie noch nie seit Beginn der Sondererhebung zum Brexit im Jahr 2017. Drei von fünf Unternehmen bewerten ihre Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich als schlecht. Lediglich 10 Prozent bezeichnen ihre Lage als gut.



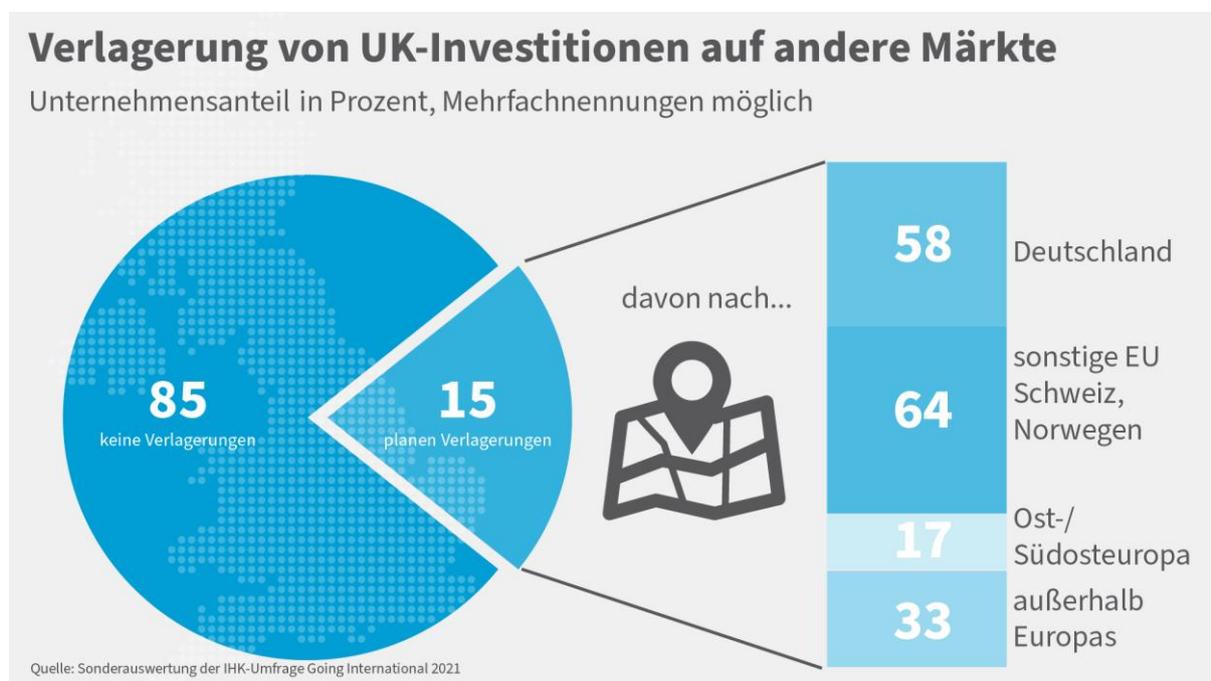
Zum Vergleich: Die Geschäftsbeziehungen zu EU-Ländern ohne Eurowährung bewerten 29 Prozent der deutschen Unternehmen als gut und 23 Prozent als schlecht. Mit den Ländern der Eurozone schätzen 33 Prozent der Betriebe die Geschäftsbeziehungen positiv und 21 Prozent negativ ein. Im Vergleich zur

Vorjahresumfrage, die die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie noch nicht abbildete, ist die Stimmung im Auslandsgeschäft mit den Briten deutlich trüber geworden.

Überwiegend negativ bewerten die deutschen Unternehmen auch ihre Geschäftsperspektive im Vereinigten Königreich in den kommenden zwölf Monaten. 57 Prozent sehen in dieser Zeit eine weitere Verschlechterung ihrer Geschäftsbeziehungen, nur sieben Prozent rechnen mit einer Verbesserung. Auch im Vergleich mit anderen EU-Staaten ohne Euro (21 Prozent besser, 17 Prozent schlechter) und den Ländern der Eurozone (25 Prozent besser, 19 Prozent schlechter) schneiden die Erwartungen an die Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich schlechter ab.

Verlagerung von Investitionen geplant

Die deutsche Wirtschaft hat über 160 Milliarden Euro im Vereinigten Königreich investiert. Das Land ist damit nach den USA der wertmäßig zweitgrößte Investitionsstandort deutscher Unternehmen weltweit. In rund 2.300 deutschen Niederlassungen auf der britischen Insel sind über 400.000 Mitarbeiter beschäftigt.



Unverändert zur Vorumfrage und trotz des Handels- und Kooperationsabkommens planen 15 Prozent der Unternehmen, die im Vereinigten Königreich investiert haben, eine Verlagerung ihres Engagements auf andere Märkte respektive haben dies bereits getan. Zu Beginn der Erhebung im Jahr 2017 planten hingegen nur neun Prozent der Unternehmen eine Verlagerung. Vornehmlich verlagern die Unternehmen ihre Investitionen zurück nach Deutschland oder in andere EU-Länder bzw. Schweiz und Norwegen. Der Großteil der Unternehmen mit Investitionsverlagerungen entscheidet sich damit für den Verbleib im EU-Binnenmarkt.

Auswirkungen des Brexits auf die Unternehmen

Wie im Vorjahr sehen die Unternehmen in der Zollbürokratie das größte Geschäftsrisiko (75 Prozent). Die notwendigen Zollanmeldungen sind oftmals zeitaufwendig und mit zusätzlichen Kosten verbunden. Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat zudem aktuell Probleme in der Logistik. So gibt es zum Beispiel Probleme mit der britischen Zollsoftware und angesichts der umfangreichen Dokumentationspflichten Überlastungen bei britischen Zöllnern und Zolldienstleistern sowie Geschäftspartnern.



Weiterhin sieht fast die Hälfte der Unternehmen rechtliche Unsicherheiten oder eine fehlende Planbarkeit im Geschäft mit UK. So sind beim Handels- und Kooperationsabkommen zukünftig in einzelnen Detailfragen Änderungen oder Konkretisierungen möglich. Gleichzeitig könnten Teile des Abkommens oder das Nordirlandprotokoll anlässlich verschiedener Deadlines auslaufen. Leicht zurückgegangen ist hingegen die Befürchtung vor einer Zunahme tarifärer Handelshemmnisse – dennoch teilen 45 Prozent diese Sorge. Da das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil zahlreicher EU-Handelsabkommen ist, können neue oder höhere Zölle auf Waren aus Drittländern für Unternehmen in Großbritannien und in den Lieferketten mit UK-Vorprodukten anfallen.

43 Prozent der Befragten gehen von rückläufigen Exporten in das Vereinigte Königreich sowie 17 Prozent von sinkenden Importen nach Deutschland aus. Während zwei von fünf Unternehmen mit britischen Handelsbeziehungen ein Risiko in der mittelfristigen Verlangsamung des britischen Wirtschaftswachstums sehen, hat das Wechselkursrisiko im Vergleich zur Vorjahresumfrage etwas an Bedeutung verloren (27 Prozent nach zuvor 39 Prozent). Ein Viertel der Unternehmen bemerkt oder erwartet eine Zunahme von nicht-tarifären Handelshemmnissen. Dazu gehören zum Beispiel neue Zertifizierungsvorgaben wie die neue britische Produktkennzeichnung UKCA, die das europäische CE-Zeichen ersetzen wird. Dies wird von einigen Unternehmen in den Freitextantworten als Herausforderung genannt. Da das Vereinigte Königreich bereits das Abweichen von EU-Standards und Regeln in verschiedenen Bereichen angekündigt hat, ist hier mit einer Zunahme an Hemmnissen zu rechnen. 14 Prozent sehen in der Mitarbeiterentsendung ein Risiko, da Geschäftsreisen und Arbeitseinsätze im Vereinigten Königreich nun unter Umständen visumpflichtig sind. Lediglich 11 Prozent der Unternehmen erwarten keine besonderen Risiken.

Fragebogen

Wie beurteilen Sie die aktuelle Geschäftssituation im Vereinigten Königreich?

- Gut
- Befriedigend
- Schlecht
- Nicht betroffen

Wie beurteilen Sie die Geschäftsperspektive in diesem Jahr im Vereinigten Königreich?

- Besser
- Gleichbleibend
- Schlechter
- Nicht betroffen

Welche Auswirkungen haben oder erwarten Sie durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem Binnenmarkt und der Zollunion? (Mehrfachantworten möglich)

- Zunahme tarifärer Handelshemmnisse
- Zunahme nicht-tarifärer Handelshemmnisse (auch für Dienstleistungen)
- Rechtliche Unsicherheit
- Wechselkursrisiken
- Mittelfristige Verlangsamung des britischen Wirtschaftswachstums
- Zollbürokratie
- Sinkende Exporte in das Vereinigte Königreich
- Sinkende Importe aus dem Vereinigten Königreich
- Logistikprobleme
- Mitarbeiterentsendung
- Sonstiges (Freitext):

Planen Sie aufgrund des britischen EU-Austritts eine Verlagerung ihrer Investitionsausgaben auf andere Märkte? (Wenn Ja, Mehrfachnennung möglich)

- Nein
- Ja, nach Deutschland
- Ja, in die sonstige EU, Schweiz, Norwegen
- Ja, nach Ost-/Südosteuropa (ohne EU)
- Ja, außerhalb Europas

Die bundesweite Umfrage „Going International 2021“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. An der Befragung im Februar 2021 haben sich knapp 2.500 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die Ergebnisse der vorliegenden Sonderauswertung zum Brexit basieren auf den Antworten von rund 1.500 Unternehmen, die mit Vereinigtem Königreich geschäftlich in Verbindung stehen.

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich betrug im Jahr 2020 102 Milliarden Euro. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit der britischen Insel ab. Deutsche Unternehmen haben bis heute Investitionen im Wert von 160 Milliarden Euro aufgebaut. Es gibt circa 2.300 Niederlassungen deutscher Firmen, die über 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen haben in Deutschland 1.500 Niederlassungen und beschäftigen circa 300.000 Mitarbeiter¹.

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Kevin Heidenreich, Carolin Herweg

Grafik

Jana Zimmermeyer, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

Februar 2021

¹ Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank